

fraktion aktuell



Newsletter der **SPD**-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 5 / 2021

24. Juni 2021



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossen, liebe Freunde!

Seit vielen Jahren informiert die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig in einem Newsletter über ihre Arbeit. Wir waren die ersten, die in unserer Stadt damit begonnen haben. Und wir setzen dies auch weiterhin fort.

Am 23. Juni fand die Stadtverordnetenversammlung unter Einhaltung der Coronavirus-Eindämmungsverordnung im großen Saal des Brandenburger Theaters statt.

Ihre/ Eure
Britta Kommesser

Themen dieses Newsletters:

Ralf Holzschuher

Brandenburg wird bunter – Regenbogenfahne wird gehisst

Hanswalter Werner

Wenn man vom Rathaus kommt ist man schlauer

Werner Jumpertz

Bahnhof

Hanswalter Werner

Neues vom Packhof

Ralf Holzschuher

Brandenburg wird bunter – Regenbogenfahne wird gehisst



Die Regenbogenfahne wird mindestens einmal jährlich am 17. Mai vor dem Brandenburger Rathaus wehen. Das hat die SVV mit großer Mehrheit beschlossen. Die SPD unterstützt dies uneingeschränkt.

Brandenburg an der Havel ist eine offene und bunte Stadt. Doch auch hier gibt es Vorurteile, Intoleranz, und manchmal Hass gegen Minderheiten. Die Regenbogenfahne ist ein globales Symbol für Toleranz und Verständigung. Es ist gut, dass sich fast alle Stadtverordneten dazu bekannt haben.

Vor dem Rathaus hatten sich viele UnterstützerInnen der queeren Gemeinschaft eingefunden. Die SPD-Fraktion hatte eine Fahne besorgt, die von Vertretern der Demonstration im Rahmen der Einwohnerfragestunde an Oberbürgermeister Scheller überreicht wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung begann bunter und lebensfroher als gewöhnlich. Toleranz und Lebensfreude sollen auch den Alltag in unserer Stadt prägen. Dafür braucht es mehr als eine Fahne, aber das positive Signal trägt dazu bei. Die Sitzung endete nach manchmal schwierigen sechs Stunden kurz vor 22 Uhr. Wer da an den bunten Auftakt zurückdachte, ging dennoch mit einem Lächeln auf den Weg nach Hause.



Hanswalter Werner

Wenn man vom Rathaus kommt ist man schlauer



Leider trifft dies nicht auf die Schulbedarfsplanung der Verwaltung für die nächsten beiden Schuljahre zu.

Jetzt rächt sich nämlich, dass man vor 5 Jahren nicht auf den von der SPD vorgeschlagenen Weg des Baus eines Schulzentrums eingegangen ist.

Dieser Fehler zeigt sich deutlich am Beispiel des Oberstufenzentrums Alfred Flakowski und der neuen Oberschule, die beide im Gebäude des Oberstufenzentrums

Alfred Flakowski in der Caasmannstraße im kommenden Schuljahr untergebracht werden.

Schon im darauf folgenden Schuljahr 2022/2023 sind aber alle Räume in diesem Gebäude von den beiden Schulformen belegt und der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Schulneubau wird keinesfalls zum Schuljahr 2023/24 fertig gestellt sein.



Was geschieht dann mit dem Oberstufenzentrum? Die Verwaltung gibt darauf keine Antwort. Entweder weiß man nicht, wie mit der Situation umgegangen werden soll oder man hat Lösungen in der Hinterhand und will sie nicht veröffentlichen.

Beides wäre misslich.

Die Stadtverordnetenversammlung hat einstimmig beschlossen, dass das Oberstufenzentrum Alfred Flakowski weder geschlossen noch in Teilen verlegt werden soll.

Die SPD wird darauf achten, dass dieser und andere Beschlüsse zum Schulentwicklungsplan umgesetzt werden.

Werner Jumpertz Fläche für Bundesbehörde reservieren



Viel war im September 2019 von dem Glücksfall für unsere Stadt berichtet worden, dass das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten seinen Sitz in Brandenburg an der Havel errichten will. Mindestens 200 zusätzliche Arbeitsplätze sollen hier entstehen, perspektivisch ist gar von 700 Arbeitsplätzen und mehr die Rede.

Das Signal für eine weitere positive Entwicklung unserer Stadt ist unverkennbar, wie auch die mit der Ansiedlung verbundene nationale und internationale Ausstrahlung. Inzwischen ist klar, dass die neue Bundesbehörde nach der Aufbauphase in Mietobjekten in Bahnhofsnähe einen Neubau anstrebt.

Dafür als „ideal und perfekt“ bezeichnet es Bürgermeister Müller in der SVV-Sitzung, dass die in Aussicht stehende Fläche bereits B-Plangebiet „Behördenzentrum am Hauptbahnhof“ ist. In der SVV-Vorlage geht es darum, dass die Stadt mit der Bundesbehörde eine Reservierungsvereinbarung über eine etwa 22.000 m² große Fläche von Grundstücken in dem Areal zwischen Bauhofstraße, Flutstraße, Werderstraße und Zentrumsring abschließt. Nach der Vereinbarung sollen die Grundstücke zunächst auf 3 Jahre befristet nicht anderen Interessenten zum Verkauf angeboten werden. Die Befristung soll auch jeweils begründet durch den Oberbürgermeister verlängert werden können. Das schafft für die Bundesbehörde Planungssicherheit.

Bis zum Neubau werden noch Jahre vergehen. Angefangen von der Analyse des Bedarfs an den Arbeitsplätzen der neuen Bundesbehörde und weiter über eine Machbarkeitsstudie bis zur architektonischen und bauausführenden Konkretisierung des Neubaus. Natürlich haben sich alle in der SVV für die Ansiedlung der neuen Bundesbehörde ausgesprochen.

Im Einzelnen gab es allerdings auch noch Diskussionsbedarf: Wird denn Ersatz für die wegfallenden Parkplätze am Hauptbahnhof geschaffen, etwa durch ein neues Parkhochhaus für die Pendler? Muss denn so eine große Fläche mit einem hohen Potential auch für andere Stadtentwicklungen für eine absehbar lange Zeit reserviert werden? Lässt sich mit der Planung eines Behördenzentrums im Bahnhofsumfeld eine Einheit von Arbeiten und Wohnen ermöglichen?

Die SPD-Fraktion hat sich eindeutig für die Zustimmung zur Abgabe der Reservierungserklärung entsprechend der Verwaltungsvorlage entschieden.



Auch im Sinne eines klaren Willkommen-Signals an die Bundesbehörde! Gleichwohl haben wir zusammen mit den Fraktionen der CDU und Freie Wähler einen eigenständigen Antrag zu einem „Rahmenplan Bahnhofsumfeld“ eingebracht. In dem sollen – ausgehend von dem mittelfristigen Neubau für das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten – die mittel- und langfristigen städtebaulichen, verkehrlichen und freiräumlichen Zielvorstellungen als Grundlage für weitergehende Planungen und Projekte aufgezeigt werden.

Hanswalter Werner Neues vom Packhof



Die Entwicklung des Packhofgeländes ist in ein neues Stadium getreten.

Nach mehr als zwei Jahren liegt nun ein Ergebnis vor. Der Entwurf des Architekturbüros ISSS Sabatier Schwarz Architekten wurde von einem Werkstattgremium als tragfähigste städtebauliche Variante empfohlen.

Der Entwurf besteht aus einem Wohnquartier mit kleineren Gewerbeeinheiten in einem Verhältnis von 80 (Wohnen) zu 20 (Gewerbe) und einem Landschaftspark, der fast die Hälfte der Fläche des Packhofgeländes einnimmt mit Anlagen für Sport, Spiel und Freizeit.

Die Uferflächen, der Spielplatz und die Naherholungsgebiete am Wasser bleiben erhalten.

Das Quartier soll autoarm sein mit dem Vorrang für Radfahrer und Fußgänger. Deshalb soll auf dem jetzigen Parkplatz der Stadtwerke eine Quartiersgarage gebaut werden.

Bedeutsam und von besonderer Wichtigkeit sind der Punkt drei der Empfehlungen der Kommission wo es heißt: „Die Bebauung auf dem Packhofgelände muss ökonomisch, ökologisch, sozial verträglich und gestalterisch anspruchsvoll sein. Es soll ein lebendiges, durchmischtes, die Innenstadt aufwertendes und stützendes Quartier entstehen. Die Mischung soll sich in den Eigentumsformen widerspiegeln.“

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass an dieser Stelle kein Wohnquartier nur für Besserverdienende entsteht, sondern dass auch Normalverdienende dort Wohneigentum erwerben oder zur Miete wohnen können.

Dieses Ergebnis, das nun vorliegt zeigt, das es sich lohnt, für gute Lösungen zu streiten. Hätte es diese Auseinandersetzungen nicht gegeben, wäre das weitaus weniger anspruchsvolle Konzept der damaligen Oberbürgermeisterin mit großem Hotel und Parkhaus am Packhof entstanden.

